

Ökosozialismus oder Barbarei?

Zur Utopie einer gerechten Weltordnung

Klaus Dörre

»Ökosozialismus oder Barbarei« lautet die Botschaft von Alberto Garzón, dem spanischen Minister für Verbraucherangelegenheiten, ein halbes Jahrhundert nach Erscheinen des ersten Berichts des Club of Rome. Garzón (2022) benennt damit klar den Gegenstand dieses Beitrags. Statt ein Ende der Geschichte einzuleiten, hat das zurückliegende Zeitalter der Globalisierung imperiale Rivalitäten intensiviert und die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen gesteigert. An den Grenzen alter und neu entstehender Machtblöcke werden verdeckte oder – wie im Falle der Ukraine – bereits offene Kriege geführt. In mancherlei Hinsicht ähnelt diese globale Konstellation der Spätphase des Hochimperialismus im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert. Andere prägende Merkmale unserer Epoche unterscheiden sich jedoch grundlegend von diesem historischen Referenzpunkt. Heutzutage konkurrieren Imperien nicht um Kolonialbesitz, sondern um Absatzmärkte, Rohstoffe und Technologieführerschaft. Sie sind bestrebt, die in ihrem Innern äußerst ungleichen Wohlfahrtszonen gegen Migrationsbewegungen abzuschotten und vor ökonomischer Konkurrenz zu schützen. Das alles geschieht jedoch in einer epochalen Entscheidungssituation, die – etwa bei der Bekämpfung des anthropogenen Klimawandels – nach weltgesellschaftlichen Lösungen verlangt.

Für das nun beginnende »Zeitalter der Interdependenz« (siehe Veit in diesem Band), das im Unterschied zu den »langen 1970er Jahren« (Deuerlein 2020) vorerst keine Zeit des Aufbruchs ist, gilt in besonderer Zuspitzung, was im Grunde alle sozialen Ordnungen auszeichnet: Gesellschaften, die sich ihre Zukunft nur noch in dystopischen Szenarien vorstellen können, sind auf Dauer nicht überlebensfähig. Deshalb plädiere ich im Folgenden für eine nachhaltig-sozialistische Alternative zur neo-imperialen Welt(un)ordnung. Anders als in früheren Arbeiten (Dörre 2022a) steht nunmehr das Verhältnis zwischen ka-

pitalistischen Zentren und (Semi-)Peripherien (Wallerstein 2007: 23) im Mittelpunkt meiner Überlegungen. Benötigt wird, so die These, ein Kompass zur Neujustierung der Nord-Süd-Beziehungen. Die Utopie einer sozial gerechten Globalisierung, konkretisiert in einer erneuerten New International Economic Order (NIEO²), könnte die Koordinaten hierfür liefern. Eine solche Vision würde die historische, antikoloniale NIEO aus den 1970er Jahren aktualisieren.

Die damaligen Antikolonialist:innen begründeten einen Anspruch auf »Weltgestaltung« (Getachew 2022: 19), der noch immer unabgegolten ist. Heute halten viele die »Idee einer Weltregierung« für einen »Traum von gestern« (Mazower 2013: 430). Das muss nicht so bleiben. Nachfolgend soll der Versuch gewagt werden, die alte Vision einer gerechten Weltordnung auf die Gegenwart zu beziehen. Die sogenannte Zeitenwende vor Augen, führe ich zunächst Sozialismus, Utopie und Nachhaltigkeit als begriffliche Koordinaten einer NIEO² ein. Am Klimawandel wird sodann gezeigt, dass globalen ökologischen Großgefahren ein doppeltes Gerechtigkeitsproblem innewohnt. Als Antwort darauf bietet sich die Vision einer antiimperialen Welt an, deren Realisierung in den Ländern des Globalen Nordens beginnen muss.

Zeitenwende und Nord-Süd-Spaltung

Der Ukrainekrieg macht eine Nord-Süd-Spaltung sichtbar. Dass viele Staaten des Globalen Südens, darunter auch Demokratien wie Brasilien, Indien oder Südafrika, vor einer Beteiligung an westlicher Sanktionspolitik gegen Russland zurückschrecken, hat wenig mit vermeintlicher Arglosigkeit gegenüber russischem Expansionismus zu tun. Auch im Globalen Süden stößt die russische Aggression überwiegend auf Ablehnung. Das eindeutige Votum von März 2023, als 141 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) in einer Resolution den Rückzug Russlands aus der Ukraine verlangten, enthielt jedoch keine Befürwortung der westlichen Sanktionspolitik. Die Forderung von Verbündeten des Nordatlantikpaktes (NATO), Opfer zu bringen, um eine regelbasierte internationale Ordnung zu bewahren, löst im Globalen Süden nach wie vor »allergische Reaktionen« (Gresh 2022: 34) aus. Denn die bestehende Ordnung fixiert nicht nur die Herrschaft alter kapitalistischer Zentren, sie beruht, wie schon im zweiten Irakkrieg von 2003, auf Doppelzüngigkeit und völkerrechtswidrigen Aktivitäten auch westlicher Führungsmächte.

Dem Putinismus (Dörre 2022b: 225–229) ist es gelungen, sich den berechtigten Unmut über die Doppelmoral westlicher Politik zunutze zu machen. Da-

zu trägt bei, dass es gegenwärtig keinen tragfähigen Konsens über eine progressive Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen gibt. Waren die 1970er Jahre eine Dekade des Übergangs, in der »eine durchgreifende Umstrukturierung der Weltwirtschaftsordnung möglich« (Kreienbaum 2022: 308) schien, so änderte sich dies in der Ära der marktgetriebenen Globalisierung grundlegend. Schon vor den weltpolitischen Umbrüchen von 1989 war das Projekt einer Neuen Weltwirtschaftsordnung »im Sande verlaufen« (Deuerlein 2020: 371). Die Länder des Südens wurden »zunehmend als Teil des einen ›globalen Marktes‹ gesehen, für die keine besonderen Bedingungen bei Rohstoffpreisen oder Handelspräferenzen mehr gelten konnten« (ebd.). Nach Jahrzehnten kapitalistischer Marktexpansion ist die »Neue Weltwirtschaftsordnung« heute »komplett in Vergessenheit geraten« (Kreienbaum 2022: 311).

Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Kompass für gerechte Nord-Süd-Beziehungen resultieren freilich auch aus der inneren Verfasstheit vieler Staaten der (Semi-)Peripherie. Wo Befreiungsbewegungen, zumal im bewaffneten Kampf, den Kolonialismus abschütteln und diktatorische Regime überwinden konnten, haben sich oftmals neue autoritär-oligarchische Regime herausgebildet – von Angola bis Nicaragua, von Algerien bis Venezuela. Länder des Globalen Südens, die sich noch immer als sozialistisch bezeichnen – seien es nun die Volksrepublik China oder Kuba – sind allenfalls Übergangsgesellschaften: nicht (mehr) kapitalistisch, aber auch (noch) nicht sozialistisch. Als Referenzmodelle emanzipatorischer Bestrebungen sind sie denkbar ungeeignet, auch weil sie den ökologischen Gesellschaftskonflikt allenfalls unzureichend bearbeiten (siehe Simon in diesem Band). Deshalb lautet mein Vorschlag, die Idee einer sozialistischen Globalisierung im Sinne einer konkreten Utopie zu reformulieren – einer Utopie, die ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit als Abwesenheit von Gewaltsamkeit begreift. Weil es ungewöhnlich sein dürfte, die Nord-Süd-Beziehungen so visionär zu thematisieren, seien meiner eigentlichen Argumentation drei Bemerkungen zu den tragenden Begrifflichkeiten vorangestellt.

Erstens muss Sozialismus heute anders definiert werden als im 19. oder 20. Jahrhundert. Im Zeitalter des entstehenden und vergehenden Industriekapitalismus ging es diversen Sozialismen vor allem darum, die Produktivkräfte aus den Fesseln kapitalistischer Verhältnisse zu befreien, um den gesellschaftlichen Reichtum auf der Basis substanzieller Gleichheit für alle verfügbar zu machen. Die Grundproblematik der Sozialismen des 21. Jahrhunderts ist eine andere: Angesichts eines »doppelten Exterminismus« (Foster 2022) von Atomkriegsgefahr und drohendem Ökozid geht es heute um die Suche nach ei-

nem Notausgang (Benjamin 1982), nach Auswegen aus einer epochalen »ökonomisch-ökologischen Zangenkrise« (Dörre 2019: 15–20). Deshalb präsentieren sich die Sozialismen des 21. Jahrhunderts als Alternative zu einem »Imperialismus gegen die Natur« (Saito 2016: 231). Sie attackieren die Ökonomie der billigen Güter, die Überausbeutung in internationalen Wertschöpfungsketten und mit ihr die gesellschaftliche Abwertung reproduktiver Tätigkeiten. Gleichgewichtig mit der Beseitigung von Klassenherrschaft streben sie eine Überwindung aller patriarchalisch, rassistisch oder nationalistisch legitimierten Herrschaftsmechanismen an.

Weil im globalen Kapitalismus keine sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaften existieren, sind *zweitens* allenfalls Bausteine konkreter Utopien präsent. Mit dem Begriff der Utopie zu operieren, ist sowohl den Hauptströmungen marxistischer Theorie als auch den Sozialismen des 20. Jahrhunderts überwiegend fremd. Angesichts des Scheiterns diverser Real- und Staatssozialismen auch im Globalen Süden bietet es sich heute aber an, »das Moment utopischen Denkens [...] zurückzuholen – nicht im Sinne von »Rezepten für die Garküche der Zukunft« [...], sondern als Denken des geschichtlich möglich Gewordenen: der *konkreten Utopie*« (Metscher 2017: 156, Hervorhebung im Original). Eine konkrete Utopie im Sinne Ernst Blochs (1918 [1923]) beinhaltet weder eine Rückkehr zum utopischen Sozialismus der frühkapitalistischen Ära noch eine Abkehr von Wissenschaftlichkeit. Vielmehr geht es darum, in den existierenden Gesellschaften Triebkräfte, Möglichkeitsräume und Ansatzpunkte zu entdecken, die über das Bestehende hinausweisen und souveräne, nachhaltig-sozialistische Gesellschaft in einer gerechten internationalen Ordnung als attraktive Alternative erkennbar machen.

Als normatives Fundament utopischen Denkens eignen sich *drittens* die 17 Sustainable Development Goals (SDG) der UN. Sie klagen zumindest implizit die Aufhebung des expansiven kapitalistischen Besitzprinzips und damit die Überwindung einer auf imperialer Herrschaft gegründeten internationalen Ordnung ein. Die SDG sind universell ausgerichtet und global gültig; soziale und ökologische Nachhaltigkeit gewichten sie gleich (siehe Freistein in diesem Band). Sie können politisch geradezu subversiv wirken, sofern sie den kapitalistischen Expansionismus in all seinen Spielarten in Rechtfertigungswelten hineinziehen, die zu einer raschen Reduktion von Emissionen, Ressourcen- und Energieverbrauch auffordern und anmahnen, den gesellschaftlichen Reichtum so zu verteilen, dass er auch künftigen Generationen noch zur Verfügung steht (Sachs 2020).

Wegen des vernebelnden Nachhaltigkeitstalks kapitalistischer Eliten sei hinzugefügt, dass es für eine progressive Agenda sinnvoll ist, Nachhaltigkeit als Gegenbegriff zu Gewaltsamkeit zu definieren (Tjaden 2002: 13–17). Gewaltsamkeit meint dabei weit mehr als die Ausübung von physischem Zwang oder den Einsatz von Waffen. Sie findet sich in sozialen Ungleichheiten oder Geschlechterverhältnissen ebenso wie in Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen. Sie macht sich auch in der Aneignung billiger Naturen und ihrer Lebewesen bemerkbar (Lambrecht et al. 1998; Tjaden-Steinhauer/Tjaden 2001). Als Gegenentwurf zu Gewaltsamkeit beinhaltet Nachhaltigkeit nicht nur »den Verzicht auf kriegерische Mittel der Politik« (Tjaden 2002: 16), sondern weist über die kapitalistische (Re)Produktionsweise hinaus. Gerade weil die Kluft zwischen den SDG und ihrer Verwirklichung so groß ist, muss sich zukunftsorientierte Politik an Definitionskämpfen um den Begriff der Nachhaltigkeit beteiligen. Diese Auseinandersetzungen beeinflussen die Richtung des gesellschaftlichen Wandels erheblich. Eine nachhaltige Vision für die Nord-Süd-Beziehungen, konkretisiert in einer NIEO², wäre hierfür ein bedeutender Schritt.

Klimagerechtigkeit und Nord-Süd-Konflikt

Eine Wiederbelebung entsprechender Ideen müsste allerdings ein Bild korrigieren, demzufolge die »postkolonialen Staaten als Arbeiter:innenklasse« und »die moderne Solidarität mit der Dritten Welt als eine Form der internationalen Klassenpolitik« zu begreifen seien (Getachew 2022: 26). Am Beispiel des Klimawandels lässt sich zeigen, weshalb einfache Nord-Süd-Dichotomien längst nicht mehr greifen. Obwohl die Datenlage ausgesprochen schlecht ist, setzt sich allmählich die wissenschaftliche Erkenntnis durch, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgasemissionen sowohl mit der jeweiligen Platzierung in der sozialen Geografie von Staaten als auch mit unterschiedlichen Klassenpositionen innerhalb nationaler Gesellschaften variiert. Damit gilt es, zwei eng miteinander verkoppelte Gerechtigkeitsproblematiken zu unterscheiden. Die erste wurzelt in den ungleichen Anteilen von Ländern an den Emissionen. Die zweite entsteht aufgrund differierender Emissionslasten sozialer Klassen.

2015 entfielen 26,3 Prozent der *historischen* Emissionen auf die USA, 23,4 Prozent auf Europa (siehe Evans 2021, eigene Berechnungen).¹ Das heißt: Die alten kapitalistischen Zentren allein sind für etwa die Hälfte der jemals gemessenen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Betrachtet man die *derzeitigen* Anteile von Staaten an den weltweiten Emissionen, so ergibt sich ein anderes Bild: China stößt im Ländervergleich die weitaus größte Menge an Treibhausgasen aus, gefolgt von den USA und Indien – das noch vor den 27 EU-Staaten liegt.² Bei den *Emissionen pro Kopf* zeigt sich wieder ein anderes Bild. Diese sind in den USA noch immer doppelt so hoch wie in China. Der Pro-Kopf-Ausstoß in Deutschland übertrifft den in Indien um ein Vielfaches. Wer in den USA oder Saudi-Arabien zum reichsten Prozent der Bevölkerung gehört, emittiert im Lebensverlauf mehr als das 2.000-fache einer armen Bewohnerin von Ländern wie Malawi oder Tadschikistan (Boehm et al. 2022).

Diese Ungleichheitsrelationen zeugen von einer historisch gewachsenen Gerechtigkeitsproblematik *zwischen* Nationalstaaten oder Staatenbünden. Einerseits müssen die großen Flächenstaaten des Südens, insbesondere China und Indien, radikal umsteuern, damit die globalen Emissionen schnell reduziert werden. Andererseits können diese Länder zurecht auf die Hauptverantwortung der früh industrialisierten Länder für die Klimakrise verweisen und von ihnen fordern, auch einen Hauptteil der Dekarbonisierungskosten zu schultern. Aus diesem Gerechtigkeitsdilemma resultierende Interessendivergenzen belasten alle politischen Bemühungen um eine halbwegs planvolle Dekarbonisierung der Weltwirtschaft. Klimapolitik wird deshalb zum Gegenstand neo-imperialer Rivalitäten und interstaatlicher Auseinandersetzungen. Wenn die EU ihre Ökonomien bis spätestens 2050 emissionsfrei machen will, China seine Wirtschaft aber erst bis 2060, ist das aus der EU-Perspektive ein

1 Der Umfang der seit 1850 verursachten Emissionen hängt von der – häufig interessengeleiteten – Berechnungsweise ab. Das Klimaportal »Carbon Brief Analysis« bezieht erstmals Veränderungen der Landnutzung ein. Berechnet wurden nur CO₂-Emissionen; die Emissionen ehemaliger Kolonien wurden nicht den Kolonialmächten zugeordnet. Insofern ist der Gebrauchswert der Zahlen begrenzt. Doch selbst wirtschaftsnahe Think-Tanks sehen Nordamerika (USA, Kanada) und – mit deutlichem Abstand dahinter – Europa an der Spitze der absoluten CO₂-Erzeuger (siehe u.a. Rühli 2021).

2 2019 entfielen 27 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen auf China und 11 Prozent auf die USA. Indien liegt mit 6,6 Prozent auf dem dritten Platz, vor den 27 EU-Staaten mit 6,4 Prozent. Zu aktuellen, durch die Coronapandemie verzerrten Daten siehe auch Friedlingstein et al. (2022).

unzulässiger Wettbewerbsvorteil für China. Aus chinesischer Sicht ist es hingegen ein gerechter Ausgleich für die koloniale Erblast. Hinzu kommt, dass die armen Staaten des Südens, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, am stärksten unter dessen Folgen leiden. Ihnen fehlen die Ressourcen, um sich wirksam vor den Folgen der Erderhitzung zu schützen (Dixson-Declève et al. 2022: 80). Einkommensstarke Länder haben deshalb »die moralische und historische Pflicht, einkommensschwache Volkswirtschaften nach besten Möglichkeiten zu unterstützen. Würde man Hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut [...] befreien, würden die globalen CO₂-Emissionen [...] nicht einmal um 1 Prozent steigen. Dieser Anstieg könnte an anderer Stelle leicht ausgeglichen werden.« (ebd.: 81)

Gegenwärtig geschieht das genaue Gegenteil. Die reichen Staaten halten Wirtschaftsbeziehungen aufrecht, die »vor allem den ökonomischen Interessen des Globalen Nordens« (Ginzky/Menger 2022: 12) dienen. Dagegen sei die Unterstützung des reichen Nordens für Nachhaltigkeitsbemühungen im Süden »zu gering«. Emissionen, die der Wohlstandsmehrung im Globalen Norden zugerechnet werden müssten, würden teilweise »durch die Globalisierung der Handelsbeziehungen einfach nur externalisiert« (Ginzky/Menger 2022: 12).

Klima, Klasse und Entscheidungsmacht

Um dies zu ändern, muss der ungleiche Tausch zwischen Süd und Nord zunächst delegitimiert und schließlich überwunden werden. Im Fokus stehen dabei die ungerechten Spielregeln der Weltwirtschaft, die »aber ohne Zustimmung der Industrieländer kaum veränderbar sind« (Kreienbaum 2022: 313). Der Schlüssel zur Veränderung liegt daher in den alten und neuen kapitalistischen Zentren. Das bedeutet jedoch unweigerlich, die Ungleichheiten und Kräfteverhältnisse im Innern dieser Gesellschaften in den Blick zu nehmen. Wie der Ökonom Lucas Chancel in einer bemerkenswerten Studie zeigte, gewinnen die Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften gegenüber den zwischenstaatlichen Ungleichheiten kontinuierlich an klimapolitischer Relevanz.

Die Zeiten, in denen die untersten Einkommensgruppen der reichen Länder mehr emittierten als die wohlhabendsten Gruppen der armen Staaten, sind vorbei. Heute verursachen die unteren und mittleren Vermögens- und Einkommensgruppen in Europa und Nordamerika deutlich weniger

Treibhausgasemissionen als die oberen zehn Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung in Asien, Russland und Lateinamerika. Die Emissionen der ärmeren Bevölkerungshälfte in Europa und Nordamerika sind seit 1990 um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Sie nähern sich damit den Pro-Kopf-Zielen des Pariser Klimaschutz-Abkommens für 2030 zumindest an. Das wohlhabendste Prozent emittierte hingegen 2019 26 Prozent mehr als 30 Jahre zuvor, die reichsten 0,01 Prozent gar 80 Prozent mehr (Chancel 2022: 931–938). Zugespitzt formuliert sind also die Oberklassen vor allem der reichen Länder zu den Hauptverursacher:innen des Klimawandels geworden, während die sozial verwundbarsten Bevölkerungsgruppen auch in den alten kapitalistischen Zentren am stärksten unter den Folgen der Erderhitzung leiden. Deshalb ist der Kampf gegen ökologische Zerstörung stets auch ein Kampf zugunsten der Armen, Überausgebeuteten – und zwar in Nord wie Süd.

Dabei geht es um mehr als bloß Konsum. Die Hauptursache für die steigende Emissionslast sind Investitionen, nicht individueller Konsum (ebd.). Investitionen sind indes nichts anderes als eine Chiffre für die Verfügungs- und Entscheidungsmacht über Produkte und Produktionsverfahren. Ist diese Macht an kapitalistische Verwertungsinteressen gebunden, so geschieht das, was die fünf größten Erdölkonzerne vorexerzierten: Diese fünf Unternehmen sind für etwa zehn Prozent der klimaschädlichen Emissionen weltweit verantwortlich. Konzerninterne Studien sagten die klimaschädlichen Folgen der Nutzung fossiler Energieträger schon vor Jahrzehnten recht präzise voraus (Bonneuil et al. 2021). Die strategiefähigen Eigentümer:innen und Manager:innen dieser Unternehmen betrieben daraufhin gezielte Desinformation, um genau das Geschäftsmodell weiterverfolgen zu können, das nun den Klimakollaps heraufbeschworen hat. Die Erdölkonzerne fahren mit dieser Verwertungsstrategie jedoch nach wie vor bestens – 2022 konnten sie sich über Rekordgewinne freuen (Tagesschau 2023).

Die in Deutschland ansässigen Autohersteller stehen den Erdölkonzernen in nichts nach. Sie machen ihre Gewinne hauptsächlich mit hochpreisigen, spritfressenden oder energieintensiven Luxuslimousinen und SUV sowie mit *financial services*, während das Geschäft mit in den Volumenmärkten mit der Massenproduktion kleinerer Fahrzeuge stagniert. Trotz der Umstellung auf batteriegetriebene Fahrzeuge – ab 2035 dürfen innerhalb der Europäischen Union (EU) nur noch emissionsfreie Neuwagen auf den Markt kommen (Europäischer Rat 2022) – soll sich an diesem gewinnträchtigen Geschäftsmodell wenig ändern. Da sich das Marktsegment der Reichen und Superreichen aller Voraussicht nach vergrößert, halten es Topmanager:innen für eine heraus-

ragende Leistung der deutschen Automobilhersteller, in diesem Bereich die Spitzenposition zu besetzen und diese auch in Zukunft zu behaupten.

Sie blenden aus, dass schon bei der Produktion eines E-Autos etwa 20 Tonnen CO₂ emittiert werden. Deshalb kann ein Geschäftsmodell, das darauf beruht, jährlich etwa 70 Millionen solcher Fahrzeuge auf dem Weltmarkt zu verkaufen, ökologisch niemals nachhaltig sein. Dies gilt umso mehr, als die Gewinnung von Lithium oder Kobalt für die Batterieproduktion mit Naturzerstörung und Überausbeutung in transnationalen Wertschöpfungsketten verbunden ist. Daher sind im Sinne der Nachhaltigkeit andere gesellschaftliche Mobilitätskonzepte mit deutlich weniger individuellem PKW-Verkehr notwendig. Eine Gewährleistung von Mobilität als einem öffentlichen Gut ist in alten kapitalistischen Zentren ebenso nötig wie in den Megastädten und den ländlichen Räumen des Globalen Südens. Autos wird es auch in Zukunft geben. Die Frage ist nur, ob diese Fahrzeuge anhand von Nachhaltigkeitskriterien und den Mobilitätsbedarfen gesellschaftlicher Mehrheiten geplant und hergestellt werden, oder ob die Modellpolitik vor allem privaten Gewinninteressen und dem Luxuskonsum der Reichsten dient – und das mithilfe eines ungleichen Tauschs zwischen Süd und Nord.

Die genannten Beispiele lenken die Aufmerksamkeit auf die Entscheidungsmacht darüber, wie, was und wozu Güter produziert werden und damit auf den sozialistischen Kern alter wie neuer Weltgestaltungspolitik. Der antikoloniale Nationalismus der 1970er Jahre hatte die Eigentumsfrage gestellt und den Staat eingesetzt, um mittels Verfügungsgewalt über Ressourcen und Produktionsentscheidungen Ansprüche auf Souveränität abzusichern. Die Nationalisierung von Bodenschätzen und Unternehmen war jedoch nur in Ausnahmefällen mit einer umfassenden Demokratisierung von Produktionsentscheidungen verbunden (siehe Thyen in diesem Band). Soll die Eigentumsfrage aus der Perspektive des Globalen Südens gestellt werden – was auch im 21. Jahrhundert zwingend nötig ist – gilt es, das zu ändern.

Die Vision einer nachhaltigen Weltgestaltung

Das Zeitalter der Globalisierung hat keine Weltgesellschaft hervorgebracht, die nach den Regeln einer allgemein akzeptierten Global Governance gestaltet werden könnte. In gewisser Weise ist das Gegenteil der Fall: Weil die Globalisierung ökonomisch teilweise ins Stocken geraten ist, lassen manche

ihrer Repulsionen³ – schwaches Wachstum in den alten Zentren, imperiale Konkurrenz um Ressourcen, Technologieführerschaft und militärische Dominanz, wachsende Vermögens- und Einkommensungleichheit, zunehmende Fluchtmigration und vor allem eskalierende ökologische Gefahren – bei Teilen der Zivilgesellschaften auch in früh industrialisierten Ländern ein Bewusstsein der Globalität ökologischer und sozialer Großgefahren entstehen. Allmählich sickern Erkenntnisse über das Ausmaß der Erderhitzung ins Alltagsbewusstsein ein, prägen soziale Auseinandersetzungen, motivieren Wahlentscheidungen und bringen neue Lebensstile hervor.

In den politischen Entscheidungszentren, in den Foren und Institutionen, die zur Herausbildung einer Weltgesellschaft beitragen könnten, ist von diesen stillen, alltäglichen Veränderungen wenig zu spüren, im Gegenteil: Nie schienen Organisationen mit weltgesellschaftlichem Anspruch wie die UN schwächer als in der Gegenwart. Wenn etwa UN-Generalsekretär António Guterres einmal mehr vor dem Weg in die Klimahölle warnt, löst das in den medialen Öffentlichkeiten nurmehr ein Achselzucken aus. Die Resonanz auf Berichte des Weltklimarates schwindet, je rascher die Zeitbudgets für eine Nachhaltigkeitswende schrumpfen.

Was bedeutet das für die Ausgangsfrage nach einer Neujustierung der Nord-Süd-Beziehungen und die Chancen eines nachhaltigen Sozialismus mit Weltgestaltungsanspruch? Jeder sozialwissenschaftliche Antwortversuch böte Stoff für ein gutes Dutzend voluminöser Forschungsprogramme. Ungleich bescheidener beschränke ich mich im Folgenden auf einige, notgedrungen sehr vorläufige Überlegungen zur Antiquiertheit neo-imperialen Denkens, zu regionalen Blockbildungen und zur sozialistischen Ausrichtung des Kampfes um eine neue Weltordnung (Getachew 2020: 20).

Die erste Bemerkung bezieht sich auf das imperiale Ringen um eine neue Weltordnung. Den Klimawandel und die ihm eigenen Gerechtigkeitsfragen vor Augen kann die Schlussfolgerung im Grunde nur lauten, dass imperiales Denken der Vergangenheit angehört. Wer Großmachtinteressen mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen beabsichtigt, führt im 21. Jahrhundert unweigerlich Krieg gegen die Erde (Balibar 2022: 58). Doch bloße Appelle zugunsten einer friedlichen Global Governance ändern nichts daran, dass eine neue Bipolarität zwischen einem aufsteigenden chinesisch geführten Block

3 Als Repulsionen bezeichne ich immanente Wirkungen der Globalisierung, die – politikvermittelt – von der Marktexpansion ausgelöst werden, diese aber ab einem gewissen Umschlagpunkt behindern oder gar unterminieren (Dörre 2019: 15).

auf der einen Seite und einem abstiegsbedrohten westlichen Lager mit den USA an der Spitze auf der anderen Seite zunehmend wahrscheinlicher wird.

Um wirklich Bewegung in die festgefahrene Konstellation zu bringen, ist erneut notwendig, was in den 1970er Jahren schon einmal gelang. Die potenziellen blockfreien Länder des 21. Jahrhunderts, die eine neue Bipolarität vermeiden wollen, müssen sich ihrer Kraft bewusst werden, um rivalisierenden Machtblöcken mit hegemonialen Ambitionen eine eigene kollektive Stimme entgegenzusetzen. In diesem Zusammenhang ist die erste Amtshandlung des wiedergewählten brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva bemerkenswert. Er forderte die unverzügliche Einstellung der Kampfhandlungen in der Ukraine und sofortige Friedensverhandlungen. Trotz innenpolitischer Schwierigkeiten und Putschgelüste könnte Lula zum Sprecher einer neuen Bewegung blockfreier Staaten werden, die aggressiven Eliten wie den russischen Oligarchen und ihrem Repräsentanten Wladimir Putin jegliche Möglichkeit nähme, sich als Verteidiger einer globalen Unterschicht zu präsentieren (siehe Schäfer 2023: 20). Als Verbündete müsste Lula jüngere sozialistische Politiker:innen gewinnen, denen es gelingt, die Vielfalt antiimperialer Kräfte als potenzielle Stärke und politische Produktivkraft zu deuten. Über die elementare Frage von Krieg und Frieden hinaus könnten solche intellektuell wie politisch führenden Köpfe den alten Kampf um globale soziale Rechte mit den Anforderungen einer Nachhaltigkeitsrevolution verbinden. Ihr erstes Ziel müsste es sein, den Rückfall in eine bipolare Blockkonfrontation zu stoppen und an die Stelle einer neo-imperialen Welt(un)ordnung eine polyzentrische Welt zu setzen, in der grundlegende Sicherheitsfragen mit verbindlichen multilateralen Abkommen geregelt werden. Dergleichen anzustreben ist keineswegs unrealistisch. Mächtepluralismus war lange Zeit ein Normalzustand von Weltordnungen (Mann 2014: 107). Machverlagerungen hin zu den großen Flächenstaaten des Globalen Südens, wie sie sich real längst abzeichnen (Schmalz 2018), können durchaus mit einer Machtteilung verbunden sein.

Regionale Blöcke, die Nachhaltigkeitsziele zu einer verbindlichen Handlungsmaxime erheben, würden einen solchen Polyzentrismus fördern. Aufgabe einer politisch erneuerten EU wäre es, in deutlichem Kontrast zur gegenwärtig dominanten Politik eine dritte Kraft aus dem Globalen Süden tatkräftig zu unterstützen: mittels kritischer Aufarbeitung der eigenen neokolonialen Erblast, aber vor allem durch Garantien für eine nachhaltige NIEO². Diese müsste fairen Handel, Souveränität, bewusste wechselseitige Abhängigkeit und kollektive Sicherheit zur Geschäftsgrundlage des internationalen Staatensystems machen. Ansatzpunkte für eine Nachhaltigkeitswende, die sich am

Ziel einer antiimperialen Weltordnung orientiert, sind in den internationalen Beziehungen reichlich vorhanden. Nehmen wir nur das Beispiel einer grünen Wasserstoffwirtschaft, die eine Alternative zu fossiler Energie böte. Man kann eine Wasserstoffwirtschaft so aufbauen, dass sie neokoloniale Abhängigkeiten fortführt oder gar vertieft – das liefe dann auf eine Art »postfossilen Extraktivismus« (Tittor 2023) hinaus. Es ist aber auch möglich, die Produktion von grünem Wasserstoff im südlichen Chile, in Portugal, Mauretanien, Namibia und Südafrika kooperativ zu gestalten. Das hieße, Energie zuerst für die herstellende Region zu produzieren und die Handelsbeziehungen so zu justieren, dass sie den produzierenden Staaten durch faire Preise eine wirkliche Entwicklungsperspektive bieten (Müller 2022: 49–55).

Für die EU könnte eine strategische Kooperation mit einer neuen Bewegung blockfreier Staaten geradezu wie ein Gesundbrunnen wirken. Denn das alte Zentrum globaler Expansion droht in der postimperialen Konstellation, selbst globalisiert, das heißt zur Semiperipherie neuer Zentren zu werden. Das ließe sich ändern, verfolgten die EU-Mitgliedsstaaten eine eigenständige Politik jenseits imperialer Geltungsansprüche. Selbstverständlich müsste eine NIEO² China und Russland mit einbeziehen, denn Nachhaltigkeit und kollektive Sicherheit sind ohne diese beiden Staaten nicht erreichbar. Entscheidend ist jedoch, auf welcher Grundlage Kooperation und Integration in eine neue Weltordnung erfolgen. So ist beispielsweise nicht eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation an sich kritikwürdig, sondern die bisherige Grundlage dieser Zusammenarbeit. Russland ist wirtschaftlich gesehen nur noch eine semiperiphere Macht. Die ökonomische Leistungsfähigkeit des Landes beruht allein auf dem Export fossiler Energieträger und knapper Rohstoffe. Es handelt sich um ein ressourcenextraktivistisches Produktionsmodell, dessen wichtigste Exportgüter Erdöl und Erdgas sind. Vor dem Ukrainekrieg machten fossile Rohstoffe 52 Prozent aller russischen Exporte aus. Diese Abhängigkeit von Naturressourcen impliziert, dass die Russische Föderation unter einer Nachhaltigkeitswende in den abnehmenden Staaten unweigerlich zu leiden hätte. Je rascher ihnen die Abkehr von fossiler Energie gelänge, desto wertloser würden die russischen Öl- und Erdgasvorkommen. Die Abhängigkeit russischer Eliten von Insiderrenten⁴, die der Ressourcenextraktivismus ermöglicht, ist zumindest eine Teilerklärung für

4 Insiderrenten sind Übergewinne, die aufgrund der Kontrolle über Finanzströme und der Beziehungen zu hohen Regierungsbeamten realisiert werden. Es handelt sich um Einkommen ohne Gegenleistung.

die Aggressivität des Putin-Regimes. Je mehr eine ökologisch nachhaltige Integration gelänge, desto dünner würde die Luft für die alten Eliten.

Dies in Rechnung gestellt, komme ich zum utopisch-sozialistischen Kern einer NIEO². Der Souveränitätsanspruch des Antikolonialismus der 1970er Jahre gründete sich materiell auf einen Marktsozialismus, wie ihn der schwedische Ökonom Gustav Cassel entwickelt und Raúl Prebisch sowie andere auf den Globalen Süden übertragen hatten (Dosman 2008). Die Antikolonialist:innen der 1970er dachten in gewisser Weise marktwirtschaftlich. Sie glaubten, Marktmechanismen und Freihandel könnten sich nur unter den Bedingungen einer Weltwirtschaftsordnung entfalten, die in ihren Eigentumsverhältnissen sozialistisch ist. Deshalb favorisierten sie Formen kollektiven Eigentums an Produktionsmitteln durch a) Unternehmen im Besitz von Arbeiter:innen, b) genossenschaftliches Eigentum und c) staatliches Eigentum an Boden oder Produktionsmitteln, das etwa über Verpachtung nutzbar sein sollte. Kollektive Eigentumsformen – so die Vision – seien in freie Arbeits- und Konsumentenmärkte eingebettet, deren Funktionsweise jedoch an eine substantielle Rückverteilung des erzeugten gesellschaftlichen Reichtums sowie eine zentrale Verwaltung und Planung gekoppelt sein müsse (Bockman 2015: 120).

Die Absicherung von Souveränität durch kollektive Eigentumsformen ist im 21. Jahrhundert wieder brandaktuell. Nach den Erfahrungen mit den gescheiterten Staatssozialismen wird es künftig allerdings um kollektives Selbsteigentum (Wesche/Rosa 2018) gehen. Dieses stärkt die öffentliche Verfügung über Produktionsmittel und lebenswichtige Ressourcen, ohne die persönliche Verantwortung für den Besitz komplett zu eliminieren. *In großen Unternehmen* bedeuten solche Eigentumsformen einen Bruch mit dem Besitz als dynamischem Prinzip (Arendt 2006: 328), dem wichtigsten Treiber des kapitalistischen Expansionismus. Dieses Prinzip muss überwunden werden, da seine Maßlosigkeit im Widerspruch zur Begrenztheit nicht nur der Naturressourcen, sondern des menschlichen Lebens überhaupt steht (ebd.).

Der Übergang zu kollektiven Eigentumsformen ließe sich verhältnismäßig leicht bewerkstelligen, vorausgesetzt es gäbe den politischen Willen dazu. So könnten Staatshilfen für private Unternehmen mit Verfügungsrechten für Beschäftigte oder gesellschaftliche Fonds verbunden werden. Sozialkosten, die die kapitalistische Produktionsweise verursacht, würden so internalisiert. Es käme zu einem Prozess, der einer Revolution ohne einmaligen Akt der Machtergreifung gleichkäme. Große Unternehmen ließen sich auf diesem Wege in Mitarbeitergesellschaften verwandeln, in denen öffentliches Eigen-

tum eine entscheidende Rolle zu spielen hätte. Eine Revolutionierung der Besitzverhältnisse in großen Unternehmen würde zugleich eine Neuordnung der klein- und mittelbetrieblichen Sektoren erforderlich machen. Unternehmen auf dieser Ebene gesellschaftlicher Produktion dürften keinesfalls enteignet werden. Nötig wären jedoch Anreize, um die Kooperation zwischen – auf anderen Feldern konkurrierenden – Klein- und Mittelbetrieben zu stärken.

Sozialistische Eigentumsverhältnisse sind aber nur Voraussetzung und Mittel, um ein Umsteuern in Richtung ökologisch und sozial nachhaltiger Produktions- und Lebensweisen zu ermöglichen. Eine radikale Demokratisierung von Produktionsentscheidungen allein bietet noch keine Garantie für Nachhaltigkeit. Die Chancen für eine Umstellung auf eine Produktion langlebiger Güter verbessert sie nur, wenn alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Einrichtung von *Transformations- und Nachhaltigkeitsräten* könnte das entscheidend vorantreiben. Über Vertreter:innen aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften hinaus wären diese mit Repräsentant:innen von Umweltverbänden, ökologischen Bewegungen, Fraueninitiativen, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zu besetzen. Zu den Aufgaben solcher Räte würde es gehören, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu überwachen, die Produktion langlebiger Güter einzufordern und neue Formen eines kollektiven Selbsteigentums in Genossenschaften und Sozialunternehmen zu erproben. Abgekoppelt vom Gewinnmotiv als Hauptzweck würden solche Eigentumsformen auch die individuelle Verantwortung für öffentliche Güter beibehalten. Eine zusätzliche Aufgabe dieser Räte wäre es, für Transparenz bei Einkommen und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Auf diese Weise könnte Druck in Richtung fairer Löhne und guter Arbeitsbedingungen erzeugt werden.

Hauptzweck kollektiver Eigentumsformen müsste es sein, ein Umsteuern in Richtung einer ressourcenschonenden, kohlenstoffarmen Produktion mit langlebigen Gütern und nachhaltigen Dienstleistungen zu forcieren. Nachhaltige Qualitätsproduktion bedeutet, dass weniger, dafür aber höherwertige Güter konsumiert werden. Entsprechende Weichenstellungen sind kaum vorstellbar ohne einen Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsument:innen her gedacht werden. Der Übergang zu einer nachhaltigen Qualitätsproduktion kann aber nur gelingen, wenn die Erzeugnisse einer solchen Produktionsweise trotz kurz- und mittelfristig höherer Preise auch noch von Menschen in den untersten Einkommensgruppen konsumiert werden können – und zwar in Nord und Süd. Ohne eine Rück-

verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten niedriger Einkommen und verwundbarer Gruppen ist dergleichen ausgeschlossen.

Ökologisch motivierte Verzichtsappelle, die zur Mäßigung bei Löhnen und Einkommen mahnen, sind deshalb selbst in den Metropolenkapitalismen schlicht kontraproduktiv. Sozial und ökologisch nachhaltig ist das genaue Gegenteil: Löhne und Einkommen eines Großteils der abhängig Beschäftigten und ihrer Haushalte müssen steigen, damit faire Preise für Ressourcen oder Lebensmittel aus ökologischem Anbau für die große Mehrheit überhaupt erschwinglich werden. Gute, ökologisch nachhaltige Arbeitsbedingungen entlang von Wertschöpfungsketten lassen sich in den Ländern des Globalen Südens leichter durchsetzen, wenn Konkurrenz mittels Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung durch Unternehmen aus dem Globalen Norden unterbunden wird – etwa durch wirksame Lieferkettengesetze. Anzuvisieren sind deshalb – national wie international – Löhne und Einkommen für ein gutes Leben, die deutlich oberhalb der jeweiligen länderspezifischen Niedriglohngrenzen liegen. Die zwingend nötige Rückverteilung von Nord nach Süd darf indes nicht zu einem Gnadenakt werden. Sie muss stattdessen als gerechter Ausgleich für die koloniale Erblast begriffen werden, vor allem aber als Investition in eine Nachhaltigkeitsrevolution, die langfristig auch den alten kapitalistischen Zentren hilft.

Substanzielle Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit benötigen eine *demokratische Planung* für dekarbonisierte, ressourcenschonende Wirtschaftssysteme. Nachhaltige Regulation erfordert eine makroökonomische Verteilungsplanung, die – anders als im Staatssozialismus – auf detaillierte Produktionsvorgaben verzichtet, aber doch Einfluss auf Wirtschaftspolitik und Unternehmensstrategien nimmt. Diese Verteilungsplanung kann in demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen stattfinden. Dabei sind Planvarianten denkbar, die etwa periodisch der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Demokratische Planung kann Nachhaltigkeitsziele unterschiedlich gewichten und differierende Korridore für deren Erreichung definieren. Wie beim sogenannten Bürgerhaushalt setzt die jeweils beschlossene Variante Präferenzen bei den öffentlichen Ausgaben. Sie ist verbindlich für Regierungen, jedoch nicht für einzelne Betriebe oder Unternehmen. Innerhalb wie außerhalb von Wirtschaftsorganisationen muss eine solche Rahmenplanung mit transparenten, demokratischen Entscheidungsstrukturen verbunden werden. Belegschaften würden dann über Partizipationsmöglichkeiten auf allen Entscheidungsebenen verfügen. Neben einer materiellen Beteiligung an den Geschäftsergebnissen ist eine demokra-

tische Arbeitsorganisation eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe an betrieblichen Entscheidungsprozessen.

Ein weiterer zentraler Baustein für das Fundament nachhaltig sozialistischer Gesellschaften ist eine *zureichend finanzierte soziale Infrastruktur*, die Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und Mobilität zu öffentlichen, für alle zugänglichen Gütern erklärt. Der Post-Corona-Diskurs hat entdeckt, was feministische Debatten um die Krise sozialer Reproduktion seit Jahren thematisieren: Pflegende, sorgende, erziehende und bildende Tätigkeiten sind ebenso abgewertet und unterbezahlt wie Jobs in der Logistik oder im Verkehrswesen oder verschiedene Formen der Subsistenzarbeit in Ländern des Globalen Südens. Sie werden häufig in prekärer oder informeller Beschäftigung ausgeübt, als Frauenarbeit herabgesetzt und sind in der gesellschaftlichen Anerkennungspyramide weit unten platziert. Gesellschaften funktionieren jedoch am besten mit einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur, die allen zur Verfügung steht – nicht nur im eigenen Land, sondern überall auf der Welt.

Befördert werden könnten sozialistische Zielsetzungen innerhalb nationaler Gesellschaften durch eine *Umwälzung der Rechtsverhältnisse*, die Wachstums- durch Entwicklungsziele ersetzt. Wachstum nach den Kriterien des Bruttoinlandsprodukts würde dabei abgelöst von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Fortan könnten Nachhaltigkeitsziele die Rechtsverhältnisse und mit ihnen das Staats- und Gesellschaftshandeln bestimmen. Eine Voraussetzung dafür wäre, Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang zu geben und dies mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten zu verbinden. Das mag manchen zu sehr nach der Rationalität demokratisch verfasster und wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaften in den alten Zentren der Weltwirtschaft klingen. Deshalb sei darauf verwiesen, dass demokratische Verfahren und Institutionen auch in Ländern des Globalen Südens eine lange Tradition haben. Auf dem indischen Subkontinent sind diese Institutionen aus der Befreiung vom Kolonialismus hervorgegangen; in Südafrika war ihre Durchsetzung mit dem Kampf gegen die Apartheid verbunden. Deshalb besitzen, worauf Michelle Williams (2017) hinweist, demokratische Herrschaftsformen auch im Süden einen Eigenwert, den es gegen despotische Willkür zu verteidigen gilt. Im 21. Jahrhundert geht es nicht mehr um die Alternative zwischen Parlamentarismus und Räte Demokratie. Die optimale Variante wäre eine institutionalisierte Doppelherrschaft, die Institutionen und Verfahren liberaler Demokratien mit direktdemokratischen Organen verbindet. In vielen Staaten nicht nur der (Semi-)Peripherie, sondern zunehmend auch der alten kapitalistischen Zentren wird es jedoch

in einem ersten Schritt darum gehen müssen, bürgerlichen Freiheitsrechten überhaupt wieder Geltung zu verschaffen.

Dessen ungeachtet ist hoffentlich deutlich geworden, dass die sozialistischen Kernideen einer antiimperialen Weltgestaltung in Nord und Süd einander ähneln. Es versteht sich jedoch, dass ein nachhaltiger Sozialismus im Süden eines förderlichen Umfeldes bedarf – durch eine Neuordnung der weltweiten Finanzarchitektur, die Entschuldung verarmter Staaten in der südlichen Peripherie und mittels Investitionen in die unmittelbare Daseinsvorsorge, die Hunger und absolute Armut zu Phänomenen der Vergangenheit werden lässt.

Strategien des Übergangs

Gibt es eine Chance, das Projekt einer NIEO² mit sozialistischem Kern zu realisieren? In Anlehnung an Immanuel Wallerstein ließe sich antworten, dass die Übergangsphasen von Systemen im Niedergang besonders unvorhersehbar, aber auch »besonders offen für den Input von Einzelnen und von Gruppen«, also für den Faktor »des freien Willens« sind (Wallerstein 2002: 101). Um Gelegenheitsfenster für eine radikale Gesellschaftsveränderung, die sich öffnen werden, zu erkennen und für progressive Veränderungen nutzen zu können, verdienen drei Minimalanforderungen Beachtung.

Erstens dürfen sich Strategien, die auf eine gerechte Weltordnung abzielen, nicht auf apokalyptische Endzeitvisionen einlassen. Auch wenn das sogenannte 1,5-Grad-Ziel für die Erderhitzung mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlt werden wird, bedeutet das weder das Ende der Welt noch den unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus. Der Kampf um jedes Zehntelgrad muss weitergeführt werden. Kapitalistische Systeme können trotz allen Zeitdrucks nur von Akteur:innen mit systemtransformierenden Strategien überwunden werden. Hier ist ein Pluralismus verschiedener Strategien nötig, um in einer experimentellen politischen Praxis Fragen nach der Rolle von Staaten und Zivilgesellschaft zu klären, ebenso wie Fragen nach einer gerechten Verteilung knapper Ressourcen und nach Institutionen, die fortan die Nord-Süd-Beziehungen regeln.

Zweitens gilt, dass der Schlüssel zu Veränderungen der Nord-Süd-Beziehungen in den alten kapitalistischen Zentren liegt. Um hier den nötigen Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse anzustoßen, wäre es fahrlässig, die Angehörigen der von Löhnen abhängigen Klassen pauschal als

Arbeiteraristokratie zu attackieren, die es sich zulasten der Verarmten im Globalen Süden in der Hängematte wohlfahrtsstaatlich regulierter Kapitalismen bequem macht. Die wechselseitigen Abhängigkeitsbeziehungen sind vielschichtiger und lassen sich nicht im Sinne einer schlichten Täter-Opfer-Logik modellieren. Im Gegenteil: Angehörige der Neuen Arbeiterklasse – Lohnabhängige mit akademischen Qualifikationen, aber ohne Kontrollmacht über andere – sind die aufgeschlossenste Großgruppe sowohl für ökologische als auch für soziale Nachhaltigkeitsziele (für nähere Ausführungen zur Jenaer Klassenheuristik siehe Dörre 2023, 2022c: 64–65). Wie die Angehörigen alter und neuer Mittelklassen neigen sie jedoch dazu, die »dauernden Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft ins Auge zu fassen und zu vertreten«, und zwar aus einer Perspektive, die vermeintlich »über den Klassegegensätzen steht« (Kautsky 1899: 133). Das macht diese Lohnabhängigen besonders empfänglich für politische Botschaften aus herrschenden und Mittelklassen. Anders als die Mitglieder der alten Mittelklasse (Selbstständige mit bis zu 50 Beschäftigten) und der neuen Mittelklasse (Lohnabhängige mit Kontrolle über bis zu 250 Lohnabhängige) verfügt die neue Lohnarbeitsklasse jedoch nicht über bürokratische oder ideologische Kontrollmacht. Ihre Bildung privilegiert sie allerdings gegenüber anderen Klassen von Lohnabhängigen und fördert eine Tendenz zu sozialer Schließung der Professionen, die vor Konkurrenz schützen soll.

Für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den alten kapitalistischen Zentren wird entscheidend sein, wohin sich die Fraktionen der neuen Arbeiter:innenklasse politisch wenden. Mittelklassen können beherrschten Klassen qua ideologischer Kontrollmacht ihre Interpretation des ökologischen Gesellschaftskonflikts aufzwingen. Da die Perspektive der sozialen Mitte jedoch häufig ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit denkt, stoßen entsprechende Deutungsschemata vor allem in der konventionellen Arbeiterklasse und hier insbesondere in den sogenannten Karbonbranchen (Industrien mit hohem Emissionsausstoß wie die Stahlherzeugung, die Chemie- und Pharmaindustrie oder der Fahrzeugbau) auf Ablehnung. Vor allem Männer in peripheren Regionen empfinden eine Abwertung und öffentliche Nichtbeachtung ihrer eigenen Lebensweise als kränkend.

Diese Beobachtung führt *drittens* zum methodologischen Imperativ sozialistischer Nachhaltigkeitspolitiken – der notwendigen Abkehr vom vereinnahmenden »Wir«. Was für sozialistische Politik in den alten kapitalistischen Zentren unumgänglich ist, lässt sich ähnlich auch für den Globalen Süden formulieren. Ein Beispiel: Die Megacity São Paulo ist die Stadt mit der größten Heli-

kopterdicke der Welt. Die Angehörigen der herrschenden Klassen setzen sich den Gefahren der Straße erst gar nicht aus – sie fliegen mit dem Hubschrauber zu ihren luxuriösen Aufenthaltsorten und Büros. Das verbindet die herrschenden Klassen des Südens mit denen des Nordens. Weltweit verbrauchen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung in etwa so viel Energie wie die ärmsten 80 Prozent. In Deutschland könnten die wohlhabendsten 10 Prozent etwa 26 Prozent des Energiebedarfs aller Haushalte einsparen, würden sie ihren Verbrauch auf den von Durchschnittsbürger:innen reduzieren. Läge der Energieverbrauch auf dem Niveau der ärmeren Bevölkerungshälfte, so würden sage und schreibe 41 Prozent eingespart (Conradi 2022).

Solche Beispiele veranschaulichen, weshalb eine schlichte Analogie von Klassenpolitik im Innern von Gesellschaften einerseits und ungleicher Integration im Weltmaßstab andererseits in die Irre führt. Weder bilden die Staaten des Südens eine interessengeleitete »Unterschicht«, noch sind die Bevölkerungen des Nordens eine homogene wohlhabende »Oberschicht«. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist nur im Konflikt mit den herrschenden Klassen in Nord und Süd durchsetzbar. Das konstatiert inzwischen auch der Club of Rome: »In einer echten Demokratie würden die Marktmacht dieser [großen, transnationalen, der Autor] Firmen und deren Anteilseigner vom Gesetzgeber beschränkt, um sicherzustellen, dass sie im Interesse der Mehrheit handeln und keinesfalls dem Gemeinwohl schaden. Der Staat würde Arbeitnehmer, wo auch immer, vor Ausbeutung schützen, sich um die Umwelt kümmern und Voraussetzungen für einen echten Wettbewerb schaffen.« (Randers/Maxton 2016: 239) Solche Erkenntnisse praktisch werden zu lassen, liefe auf das Projekt eines ökologischen Wohlfahrtsstaates hinaus. Mit Blick auf die Nord-Süd-Beziehungen müsste dieser ein Internationalstaat im Rahmen eines »universalistischen Souveränismus« (Piketty 2022: 262) sein. Entsprechende Übergangsprojekte würden einer Tatsache Rechnung tragen, die bereits in der globalen Finanzkrise von 2007 bis 2009 relevant wurde. Als besonders krisenrobust erwiesen sich damals Länder, die über wirksame Auffangstrukturen verfügten. Im Globalen Süden handelte es sich dabei um Volkswirtschaften ohne großen Finanzsektor, die sowohl Auslandsschulden als auch Marktradikalismus vermieden, dafür aber den Staat gezielt einsetzten, um ihre Wirtschaft zu entwickeln.

Krisen, Kriege und Katastrophen, die mit dem Primat des Marktes nicht zu bearbeiten sind, gibt es in der Gegenwart zuhauf. Schon bald könnte sich deshalb der Übergang vom »Krieg der Kapitalismen« zu einem »Kampf der Sozialismen« (ebd.: 256) ereignen. Dem Ökonomen Thomas Piketty, der diese Pro-

gnose wagt, schwebt eine Auseinandersetzung zwischen einem demokratisch-ökologischen, partizipativen und kulturell diversen Sozialismus auf der einen Seite und einem autoritär-diktatorischen Sozialismus à la China auf der anderen Seite vor. Ganz gleich, wie man zu solchen Prognosen steht: Ohne einen handlungsfähigen Antagonisten, der in der Lage ist, die kapitalistischen Eliten in Nord und Süd herauszufordern, bleibt die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution ein unerfüllbarer Traum. Doch die Vision einer antiimperialen Welt ist nicht tot. In der *Black-Lives-Matter*-Bewegung und den Forderungen nach Reparationen für Sklaverei und Völkermord erlebt sie eine zeitgemäße Renaissance (Getachew 2022: 336).

Dem sei eine angemessene Betonung von »color line« (W. E. B. du Bois, zitiert nach Getachew 2022: 25) und Intersektionalität hinzugefügt. Der ehemalige Black-Panther-Aktivist Jamal Joseph formulierte dazu anlässlich des von weißen Polizisten gewaltsam herbeigeführten Todes von George Floyd und den anschließenden Massenprotesten: »Ich muss da an meinen ersten Tag als Black-Panther-Rekrut denken: ich kam zu ihrem Büro und erwartete, dass sie mir ein Gewehr aushändigen würden, um notfalls einen Weißen zu erschießen. Sie aber drückten mir einen Stapel Bücher in die Hand. Von Malcolm X bis Franz Fanon. Und dann erklärten sie mir, dass es nicht um Hautfarben ginge, sondern um den gemeinsamen Klassenkampf. Also um die Ungleichverteilung von Besitz und Macht. Und dass die kapitalistische Maschinerie von der Uneinigkeit der Ausgebeuteten profitiert.« (Joseph 2020)

Nur wenn diese Erkenntnis wieder zum Common Sense der Beherrschten wird, gibt es eine realistische Chance, Nord und Süd in einer herrschaftsfreien Weltordnung zu vereinen.

Literatur

- Arendt, Hannah (2006): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. 11. Auflage. München: Piper.
- Balibar, Etienne (2022): Das ukrainische Paradox. Die Entstehung der Nation aus dem Geist des Krieges. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2022, 67 (8), 49–59.
- Benjamin, Walter (1982): Das Passagen-Werk. In: Gesammelte Schriften. Band V in zwei Teilbänden. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bloch, Ernst (1918 [1923]): Geist der Utopie. 2. Auflage. München: Duncker & Humblot.

- Bockman, Johanna (2015) Socialist globalization against capitalist neocolonialism: The economic ideas behind the New International Economic Order. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 109–128.
- Boehm, Sophie/Jeffery, Louise/Levin, Kelly/Hecke, Judit/Schumer, Clea/Fyson, Claire/Majid, Aman/Jaeger Joel et al. (2022): State of Climate Action 2022. Berlin/Köln/San Francisco/Washington D. C.: Bezos Earth Fund/Climate Action Tracker/Climate Analytics/ClimateWorks Foundation/New Climate Institute/United Nations Climate Change High-Level Champions/World Resources Institute, 26.10.2022. <https://doi.org/10.46830/wrirpt.22.00028>.
- Bonneuil, Christophe/Choquet, Pierre-Louis/Franta, Benjamin (2021): Early warnings and emerging accountability: Total's responses to global warming, 1971–2021. In: *Global Environmental Change*, 71, 116–126.
- Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990–2019. In: *Nature Sustainability*, 5, 931–938.
- Conradi, Malte (2022): Wenn die Reichen Sparen würden. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 8./9.10.2022. <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/energie-energiekrise-strom-gas-oel-e670572/> (Zugriff am 5.5.2023).
- Deuerlein, Martin (2020): Das Zeitalter der Interdependenz, Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren. Göttingen: Wallstein.
- Dixson-Declève, Sandrine/Gaffney, Owen/Shosh, Jayati/Randers, Jørgen/Röckström, Johan/Stoknes, Per Espen/Seuß, Rita/Steckhan, Barbara (2022): Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. München: Oekom.
- Dörre, Klaus (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitrevolution. In: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Benjamin (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer VS. S. 3–34.
- Dörre, Klaus (2022a): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitrevolution. 2. Auflage. Berlin: Matthes & Seitz.
- Dörre, Klaus (2022b): Kontrollverluste, Autoritarismus und Exterminismus in der Großen Transformation. In: Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Campus, 219–253.

- Dörre, Klaus (2022c): Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt. In: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.), *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Frankfurt a. M.: Campus, 23–69.
- Dörre, Klaus (2023): Transformationskonflikte: Der ökologische Wohlfahrtsstaat als nachhaltige Vision. In: *DIFIS sozialpolitikblog*, 6.4.2023, <https://difis.org/blog/?blog=57> (Zugriff am 3.6.2023).
- Dosman, Edgar J. (2008): *The life and times of Raúl Prebisch, 1901–1986*. Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Europäischer Rat (2022): Infografik – »Fit für 55«: Warum verschärft die EU die CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge?, 2.6.2023. <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/fit-for-55-emissions-cars-and-vans/> (Zugriff am 6.6.2023).
- Evans, Simon (2021): Which countries are historically responsible for climate change? In: *Carbon Brief Analysis*, 5.10.2021. <https://www.carbonbrief.org/analysis-which-countries-are-historically-responsible-for-climate-change/> (Zugriff am 28.6.2023).
- Foster, John Bellamy (2022): Nuklearkrieg und Ökokrise als doppelter Exterminismus. In: *Das Argument*, 340 (1–2), 162–173.
- Friedlingstein, Pierre/O'Sullivan, Michael/Jones, Matthew W. et al. (2022): Global Carbon Budget 2022. In: *Earth System Science Data* 14 (11). <https://doi.org/10.5194/essd-14-4811-2022>.
- Garzón, Alberto (2022): The limits to growth: Eco-socialism or barbarism. In: *La U. Revista des cultura y pensamiento* vom 18.4.2022. <https://la-u.org/los-limites-del-crecimiento-ecosocialismo-o-barbarie/> (Zugriff am 1.3.2023).
- Getachew, Adom (2022): *Die Welt nach den Imperien. Aufstieg und Niedergang der postkolonialen Selbstbestimmung*. Berlin: Suhrkamp.
- Ginzky, Harald/Menger, Matthias (2022): Nachhaltigkeitspolitik als Schlüssel zu Stabilität, Sicherheit und Resilienz. Lehren für die Nachhaltigkeitspolitik – ein Diskussionsbeitrag. Bundesumweltamt Texte 122/2022. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_122-2022_nachhaltigkeitspolitik_schluesssel_zu_stabilitaet_sicherheit_resilienz.pdf (Zugriff am 6.6.2023).
- Gresh, Alain (2022): Der Ukraine-Krieg und der Globale Süden. In: Mahlke, Stefan (Hg.), *Atlas der Globalisierung. Ungleiche Welt*, 2022. Berlin: Le Monde diplomatique, 34–35.

- Joseph, Jamal (2020): Es ist dieselbe Maschinerie. Interview. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.6.2020. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/proteste-usa-blackout-tuesday-1.4925557> (Zugriff am 5.5.2023).
- Kautsky, Karl (1899): Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart: J. H. W. Dietz.
- Kreienbaum, Jonas (2022): Das Öl und der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Lambrecht, Lars/Tjaden-Steinhauer, Margarete/Tjaden, Karl H. (1998): Gesellschaft von Olduvai bis Uruk. Soziologische Exkursionen. Kassel: Winfried Jenior.
- Mann, Michael (2014): Das Ende ist vielleicht nah – aber für wen? In: Wallerstein, Immanuel/Collins, Randall/Mann, Michael/Derluguian, Georgi/Calhoun, Craig (Hg.), *Stirbt der Kapitalismus?* Frankfurt a.M.: Campus, 89–122.
- Mazower, Mark (2013): *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte*, München: C. H. Beck.
- Metscher, Thomas (2017): *Integrativer Marxismus. Dialektische Studien. Grundlegung*. Kassel: Mangroven.
- Müller, Karsten (2022): Wasserstoffenergie Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen. In: *Perspektiven DS*, 39 (1), 49–55.
- Piketty, Thomas (2022): *Eine kurze Geschichte der Gleichheit*. München: C. H. Beck.
- Randers, Jorgen/Maxton, Graeme (2016): Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen. München: Oekom.
- Rühli, Lukas (2021): Die historische »CO₂-Schuld«. Aus aktuellem Anlass. Treibhausgasemissionen können vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. In: *avenir suisse*, 12.7.2021. <https://www.avenir-suisse.ch/die-historische-co2-schuld/> (Zugriff am 28.6.2023).
- Sachs, Wolfgang (2020): Die Ära der Entwicklung. Das Ende eines Mythos. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 65 (8), 79–89.
- Saito, Kohei (2016): Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schäfer, Paul (2023): Reflexionen über den Krieg gegen die Ukraine – und Möglichkeiten seiner Beendigung. <https://www.paulschaefer.info/PDFs/Reflexionen-Russland-Krieg-22-01-2023.pdf> (Zugriff am 28.6.2023).

- Schmalz, Stefan (2018): *Machtverschiebungen im Weltsystem*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Tagesschau (2023): Rekordgewinne bei Ölfirmen. In: *tagesschau.de* vom 9.2.2023. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/oelfirmen-rekordgewinne-2022-101.html> (Zugriff am 21.2.2023).
- Tittor, Anne (2023): *Postfossiler Extraktivismus? Muster und Folgen der Inwertsetzung ländlicher Räume in Nicaragua und Argentinien*. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Tjaden, Karl Hermann (2002): Nachhaltigkeit und Gewaltsamkeit. Historische und theoretische Bemerkungen. In: *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, 24 (4), 13–17.
- Tjaden-Steinhauer, Margarete/Tjaden, Karl H. (2001): *Gesellschaft von Rom bis Ffm. Ungleichheitsverhältnisse von West-Europa und die iberischen Eigenwege*. Kassel: Jenior & Pressler.
- Wallerstein, Immanuel (2002): *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*. Wien: Promedia.
- Wallerstein, Immanuel (2007): *World-systems analysis. An introduction*. Durham: Duke University Press.
- Wesche, Tilo/Rosa, Hartmut (2018): Die demokratische Differenz zwischen besitzindividualistischen und kommunitären Eigentumsgesellschaften. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 28, 237–261.
- Williams, Michelle (2017): Die schwierige Ehe der Demokratie mit dem Kapitalismus: Überlegungen zu Klaus Dörres Beitrag. In: Ketterer, Hannah/Becker, Karina (Hg.), *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 52–65.